

2025



Positionspapier zu Asyl, Migration, Integration und Sicherheit

SPÖ LANDTAGSKLUB STEIERMARK

VORWORT

Viele in der Steiermark haben zu Recht das Gefühl, dass die öffentlichen Systeme nicht mehr funktionieren. Sie sind unzufrieden und verärgert, weil sie zur Finanzierung dieser Systeme hohe Beiträge zahlen. Das gilt vor allem auch für den Bereich der inneren Sicherheit, wo in der Vergangenheit an den falschen Stellen gespart und Fehlentwicklungen nicht ausreichend entgegengewirkt wurde. Genauso wurden viele sinnvolle und notwendige Maßnahmen im Bereich der Integration systematisch zurückgefahren. Zeitgleich sind die Herausforderungen immer größer und komplexer geworden. Die Folge: Wir haben in Österreich gültige Gesetze, die nicht konsequent exekutiert werden (können). Verantwortlich für diesen Missstand ist in erster Linie die ÖVP, die – mit kurzer Unterbrechung durch die FPÖ – seit 30 Jahren das Innenministerium besetzt.

Das muss sich wieder ändern! Wenn wir keine klare Kante zeigen, die kompromisslos die Sicherheit der Bevölkerung und ein gutes Zusammenleben an die oberste Stelle reiht, spielt das nur jenen in die Hände, die unsere Gesellschaft spalten wollen. Darunter leiden auch alle, die sich an die Regeln halten, unsere Werte respektieren und in Frieden und Freiheit in Österreich leben wollen.

Denn alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, in ihrem Land in Frieden und Sicherheit zu leben. **Die entsprechenden Systeme dafür zu organisieren, gehört zu den Grundaufgaben jedes Staates.** Dafür zahlen die Menschen in unserem Land ihre Steuern. Das erwarten sie sich zu Recht.

Mit diesem Positionspapier schlägt die steirische Sozialdemokratie einen vernünftigen, realitätsnahen Zugang vor. Eine Diskussionsgrundlage, die mit jeder Maßnahme die konkrete Lebensrealität der Steirerinnen und Steirer verbessert und Systeme dort neu ordnet, wo es notwendig ist. Dort, wo die Systeme den Fokus verloren haben und nicht mehr den Menschen dienen. Immer mit einem Ziel: eine Gesellschaft zu organisieren, die sich kompromisslos einem respektvollen Zusammenleben in Sicherheit verschreibt.

ASYL

Wir sind der Überzeugung, dass Schutzsuchenden am besten in der Nähe ihrer Heimatländer geholfen werden kann.

In der Europäischen Union müssen Schutzsuchende fair verteilt werden. Die aktuelle Verteilung ist ungerecht und widerspricht dem europäischen Gedanken der Solidarität. Wer diese Solidarität infrage stellt, darf auch nicht mit der Solidarität der österreichischen Steuerzahler:innen rechnen.

An den EU-Außengrenzen sollen Verfahrenszentren errichtet werden, in welchen Asylverfahren innerhalb von 3 Monaten abgewickelt werden müssen.

Rasche Asylverfahren sind im Interesse aller. Dafür muss mehr Personal bereitgestellt werden. Momentan sind die Behörden in Österreich überfordert und können mit den vorhandenen Ressourcen ihre Aufgaben nicht wie vorgesehen erfüllen.

Daher fordern wir eine Asylobergrenze für die Steiermark. Wir müssen uns in erster Linie um jene Menschen kümmern, die bereits bei uns sind und die vorhandenen Ressourcen in die Integration jener investieren, die einen Aufenthaltstitel haben, unsere Werte annehmen und Teil unserer Gemeinschaft sein wollen. Diese Menschen möchten wir unterstützen schnell Arbeit zu finden, damit sie sich eigenständig erhalten und sich etwas aufbauen können. Das wird aber nicht funktionieren, wenn zu viele Anträge unser System lahmlegen. Erst dann, wenn sichergestellt ist, dass die bereits in der Steiermark wohnhaften Asylberechtigten gut integriert werden können, dürfen wir neue aufnehmen. Wir brauchen eine Obergrenze, um eine Überforderung des Asyl- und Integrationssystems zu verhindern und auch jenen eine echte, ehrliche Chance zu geben, die bereits bei uns sind. Als weitere Maßnahme zur Entlastung des Systems ist der Familiennachzug vorübergehend auszusetzen.

Wer kein Asyl erhält, muss umgehend in sein Heimatland zurückkehren.

Maßnahmen:

- Europäisches Asylsystem mit fairer Verteilung auf alle EU-Staaten
- Umsetzung europäischer Verfahrenszentren an den EU-Außengrenzen
- Maximale Dauer der Asylverfahren von 3 Monaten
- Illegale Migration auf null reduzieren
- Konsequente Kontrolle der EU-Außengrenzen durch massive Aufstockung von Frontex
- Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr erleichtern und unterstützen
- Verstärkter Fokus auf das Aushandeln neuer Rückführungsabkommen
- Asylobergrenze in der Steiermark
- Vorübergehendes Aussetzen des Familiennachzugs
- Konsequente und rasche Abschiebungen bei negativen Bescheiden
- Europäischer Solidaritätsfonds zur Unterstützung von Gemeinden, die Asylwerber:innen aufnehmen

MIGRATION

Migration ist in der österreichischen Gesellschaft eine Realität. Ein Großteil der Migration nach Österreich ist Binnenwanderung innerhalb der Europäischen Union. Rund 55 Prozent der Zuziehenden sind aus anderen europäischen Staaten eingewandert. Diese Personen nehmen ihr Recht auf Freizügigkeit in Anspruch, das einen Grundpfeiler der europäischen Gemeinschaft darstellt.

Leider gibt es nach wie vor ein enormes Gefälle zwischen den Löhnen innerhalb Europas, wodurch ebenfalls ein hoher Migrationsdruck erzeugt wird. Diese Form von Migration fördert Lohn- und Sozialdumping.

Das Ziel muss gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort sein. Verstöße gegen dieses Prinzip der Arbeitsmigration in Europa müssen sanktionierbar sein.

Schlüsselarbeitskräfte, die in Österreich gebraucht werden, sind gezielt anzuwerben. Die Rot-Weiß-Rot-Karte soll für internationales Spitzenpersonal noch attraktiver werden und zur standortspezifischen Entwicklung Österreichs beitragen.

Maßnahmen:

- Europäische Migrationsstrategie mit einem System von Arbeitsvisa für Länder, die bei Rückführungen kooperieren
- Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch Weiterentwicklung der EU-Entsenderichtlinie
- Europaweite Angleichung von Sozial-, Steuer- und Lohnstandards
- Keine Zuwanderung aus rein wirtschaftlichen Gründen aus Nicht-EU-Staaten ohne Perspektive auf einen Arbeitsplatz bzw. eine Qualifikation zur Schlüsselarbeitskraft in Verbindung mit der Rot-Weiß-Rot-Karte
- Volle Sozialleistungen erst nach 5 Jahren legalem Aufenthalt in Österreich

INTEGRATION

Das Ziel unserer Integrationspolitik ist es, Menschen, die das Recht haben hier zu leben, in die Lage zu versetzen, selbst für ihr Einkommen zu sorgen und ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Integration ist weder kostenlos noch sofort erreichbar. Es braucht Zeit, Geld und Bemühen aller Seiten.

Wer jedoch unsere Werte nicht akzeptiert oder sogar bekämpft, hat nichts in Österreich verloren. Wer unsere demokratische Grundordnung nicht akzeptiert, wenn jemand zu uns kommt und glaubt, religiösen Extremismus mit Gewalt durchsetzen zu können, dann kann es darauf nur eine Antwort geben: mit der vollen Härte des Gesetzes verurteilen und abschieben. Deshalb sollte auch die Aufnahme des „politischen Islam“ in das Verbotsgesetz angedacht werden.

Eine ehrliche Politik muss den Menschen die Wahrheit zumuten. Hier ist nichts schönzureden – es gibt viel zu tun, und zwar auf mehreren Ebenen:

- Wir müssen Fehler der Vergangenheit reparieren und die Teilhabe von bereits länger hier lebenden Migrant:innen verbessern.
- Wir müssen die Fehler der Vergangenheit vermeiden und neue Zuwander:innen nur in dem Maße aufnehmen, wie es für unser System verträglich ist (Asylobergrenze).
- Integration vor Zuzug. Nur wer dazu bereit ist und daran mitarbeitet sich in Österreich zu integrieren, unsere Gesetze und Werte respektiert und einhält, hat einen Platz in unserer Gesellschaft.

Wir sind entschieden gegen Ghettos und Parallelgesellschaften. Daher können wir es nicht zulassen, dass sich innerhalb unseres Landes isolierte Inseln bilden, in denen die Grundrechte keine Geltung haben. Diesen Kampf haben wir auf allen Ebenen zu führen (Bund, Land, Gemeinden).

Wir müssen insbesondere zur zweiten und dritten Generation sagen: Ihr seid ein Teil unseres Landes, unserer Gesellschaft. Ihr seid hier zuhause. Ihr habt die gleichen Rechte und Pflichten. Wir müssen diese Generation aktiv in unsere Gesellschaft einbinden. Wir meistern Integration und sagen gleichzeitig: **Keine Toleranz für Intoleranz.**

In Fragen der Integration ist besonders auch bei Kindern und Jugendlichen anzusetzen. Menschen, die schon als Kinder und Jugendliche vollständig in die Gesellschaft eingebunden werden, sind und bleiben vollwertige Mitglieder ebenjener. Deshalb wollen wir eine verpflichtende Sprachstandsfeststellung für alle Dreijährigen. Jedes Kind, das noch nicht ausreichend gut Deutsch sprechen kann, soll ein zusätzliches verpflichtendes Kindergartenjahr absolvieren, damit alle Schulpflichtigen gut Deutsch sprechen können und damit alle Kinder die möglichst gleichen Voraussetzungen und Chancen haben, wenn sie ihre Schullaufbahn starten.

Bildung ist ein Schlüssel für gelingende Integration, Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und damit für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Die Akzeptanz und das Leben der gesellschaftlichen und demokratischen Normen sowie das Erlernen unserer Sprache ist Voraussetzung für ein faires Miteinander.

Maßnahmen:

- Erstellung eines Integrationsleitbildes mit Rechtsanspruch und persönlicher Verpflichtung zu Integrationsmaßnahmen
- Weiterentwicklung und Öffnung des Integrationsjahres für alle Zugewanderten für den Spracherwerb und zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt
- Unterstützung der Maßnahmen in Gemeinden, die das Miteinander und Zusammenleben stärken sowie Investitionen für Maßnahmen gegen die Ghetto-Bildung
- Bildung als Schlüssel zur Integration braucht Investitionen in Pädagog:innen
- Aufstockung der Budgetmittel für Brennpunkt-Schulen
- Förderung von und Verpflichtung zu Deutschkenntnissen
- Verpflichtende Sprachstandsfeststellung für alle Dreijährigen und bei entsprechendem Bedarf ein zusätzliches verpflichtendes Kindergartenjahr
- Verpflichtender Ethik- und Staatsbürgerschaftsunterricht

SICHERHEIT

Die Sicherheit der Bevölkerung in der Steiermark steht für uns an oberster Stelle. Dazu ist zwingend mehr Personal für Polizei und Justiz erforderlich.

Wer unsere Werte nicht akzeptiert oder sogar bekämpft und glaubt, Extremismus – ganz egal ob von Neonazis, Reichsbürger:innen oder Islamist:innen – mit Gewalt durchsetzen zu können, muss mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgt und verurteilt werden.

Die Rekrutierung von Terrororganisationen funktioniert längst nicht mehr nur im persönlichen Umfeld, sondern immer mehr auch online. Auf diese neue Realität müssen wir uns einstellen und unsere Sicherheitsbehörden auch mit entsprechenden Werkzeugen und den notwendigen Befugnissen ausstatten. Das darf jedoch nicht zu unkontrollierter Massenüberwachung führen. Maßnahmen wie eine Messenger-Überwachung müssen verfassungskonform und zielgerichtet eingesetzt werden.

Die Betreiber von sozialen Medien sind ebenfalls stärker in die Pflicht zu nehmen. Die sozialen Medien müssen nötigenfalls gesetzlich dazu verpflichtet werden, mit den Behörden zu kooperieren und Filter gegen radikales Gedankengut einzuführen, ansonsten müsste auch über ein Verbot solcher Plattformen nachgedacht werden.

Maßnahmen:

- Massive Aufstockung der Planstellen bei Polizei und Justiz
- Investitionsoffensive in die Ausstattung der Sicherheitsbehörden
- Erarbeitung und Umsetzung einer verfassungskonformen Messenger-Überwachung
- Soziale Medien gesetzlich zur Kooperation mit den Behörden und zur Anwendung von Filtern gegen radikales Gedankengut verpflichten
- Aufnahme des „politischen Islam“ in das Verbotsgesetz